

SPD kritisiert „Einseifungs-Strategie“ der Landrätin

Hebertinger und Asböck: Landratsamt und CSU-Fraktionschef verbreiten falsche Aussagen zum Bürgerbegehren

Eggenfelden. Der Ton in der Auseinandersetzung um die Krankenhäuser wird härter. Die SPD-Kreisvorsitzende Renate Hebertinger weist „irreführende Aussagen der Landrätin und verschiedener Parteien“ zum laufenden Bürgerbegehren scharf zurück.

„Es ist völliger Blödsinn, wenn Grünen-Kreisrat Fritz Kempfler dem Bürgerbegehren unterstellt, wir wollten alles weiterlaufen lassen wie bisher. Dass sowohl die Landrätin, als auch FW und Grüne das Bürgerbegehren als populistisch bezeichnen, ist eine Frechheit.“



Renate Hebertinger: „Von Offenheit und Transparenz kann keine Rede sein.“

würden entsprechende Aussagen ebenso hindeuten wie „die geheimen Absprachen zwischen Landrätin und CSU-Fraktionschef Dr. Pröckl“. Es sei nicht akzeptabel, so Hebertinger, wenn die Landrätin zu einer Fraktionssprechersitzung die Sprecher von SPD und ödp nicht einlade und sie dann im Kreistag Kurt Vallée mit den Worten anherrsche: „Mit wem ich rede, das lasse ich mir von niemandem nehmen.“ Von Offenheit und Transparenz könne hier keine Rede sein. Daher bleibe nur der Weg eines Bürgerbegehrens.



Thomas Asböck: „Es ist höchste Zeit, das Bieterverfahren zu stoppen.“ – Fotos: red

Nicht wahr sei, dass das Bürgerbegehren nur den Verkaufsstopp fordere und sich ansonsten keine Gedanken um die Zukunft der Häuser mache. „Der Text des Bürgerbegehrens besteht aus zwei Teilen: Die erste Forderung lautet, dass die Häuser weiterhin in kommunaler Hand geführt werden müssen und im zweiten Teil wird die Landkreisverwaltung aufgefordert, ein zukunftsfähiges strukturelles Gesamtkonzept erarbeiten zu lassen“, erklärt Hebertinger. Kein Mensch brauche dazu ein Bieterverfahren. Es gebe Kranken-

hausexperten und vernünftige Berater, die man dazu heranziehen könne.

Die SPD-Vorsitzende ist überzeugt: „Im Zuge eines Bieterverfahrens kann der Landkreis nicht alle erforderlichen Erkenntnisse gewinnen, die auch eine Weiterführung in kommunaler Hand ermöglichen würden, da die wahren Absichten der Kaufinteressenten hier nicht zwingend deutlich gemacht werden. Niemand kann einem privaten Investor verbieten, nach Ablauf der einjährigen Mitsprachefrist Leistungskürzungen, die Schließung oder den Weiterverkauf von Häusern oder das Outsourcen bestimmter Bereiche vorzunehmen.“

Weiter teilt die SPD mit, dass im Rahmen des SPD-Landesparteitages Renate Hebertinger und stellv. Kreisvorsitzender Thomas Asböck Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Uli Maly, gehabt hätten. Dieser habe der Rottaler SPD empfohlen, am Bürgerbegehren festzuhalten und zugesagt, zu einer entsprechenden Informationsveranstaltung in den Landkreis zu kommen.

Dass der Kreistag nun alternativ zum Bürgerbegehren ein eigenes Ratsbegehren auf den Weg bringen will, wonach die Bürger nach abgeschlossenem Bieterverfahren und Empfehlung des Kreistages das letzte Wort in Sachen Krankenhäuserverkauf haben sollen, bezeichnen Hebertinger und Asböck als „Einseifungs-Strategie“ der Landrätin. „Wenn im Dezember das Bieterverfahren zum Abschluss kommt, dann gibt es keine Alternative mehr zum Verkauf, weil die selbst verursachten Defizite von Landkreisspitze und Asklepios-Geschäftsführung weiter bestehen und die Zeit zum Handeln drängt. Die Bürger können dann nicht einfach einen Verkauf ablehnen, das muss jedem Landkreisbürger klar sein,“ ist Thomas Asböck überzeugt. „Deswegen sei es höchste Zeit, das Bieterverfahren zu stoppen.“

Die SPD-Spitze zeigt sich enttäuscht auch über das Verhalten der Landkreis-Grünen. „Wir hätten nicht erwartet, dass die Grünen-Kreisräte willen- und konzeptlos dem Vorschlag der Landrätin und der CSU-Fraktion folgen. Wir hätten uns gewünscht, dass

sich auch die grüne Parteispitze im Landkreis in diese Debatte einmischte“, kritisiert Thomas Asböck. Positiv werten Hebertinger und Asböck, dass es bei den Freien Wählern Teile gebe, die sich gegen eine Privatisierung der Krankenhäuser ausgesprochen hätten.

Kein Verständnis zeigt die SPD-Spitze für CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Thomas Pröckl. In der Fraktionssprechersitzung Ende März habe er deutlich gemacht, dass aus seiner Sicht ein Verkauf der Krankenhäuser ein „richtiger und notwendiger Schritt“ wäre, der auch noch zum richtigen Zeitpunkt käme, solange noch Interesse von privater Seite bestehe. Nun wolle er der Öffentlichkeit weis machen, er sei von Anfang an für einen Bürgerentscheid gewesen. „Dr. Pröckl will offensichtlich die Bevölkerung für dumm verkaufen. Er war von Anfang an einer der größten Befürworter der Privatisierungspläne“, so Hebertinger. Jedem Bürger sei bekannt, dass Privatisierungen unweigerlich zum Abbau qualifizierter Arbeitsplätze führten. Die Haltung von Dr. Pröckl und der Mehrheit der CSU-Fraktion sei deswegen absolut verantwortungslos. – red

„Verkauf politisch nicht zu verhindern“

Man habe das Für und Wider eines Bürgerbegehrens genau diskutiert und sei zu der Meinung gekommen, dass ein Verkauf der Krankenhäuser politisch nicht verhindert werden könne, weil die Mehrheit der Kreisräte und die Landrätin selber sich für diesen Weg entschieden hätten. Darauf